

Bundesregierung gegen Reformrücknahme

Die Bundesregierung hat sich gegen die Bestrebungen mehrerer Ministerpräsidenten gewandt, die Rechtschreibreform rückgängig zu machen. Unterstützung erhalten die Länderfürsten aus dem Lager der Lehrerverbände. Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger nannte die ganze Debatte eine "deutsche Hanswurstiade".

Berlin/Frankfurt/Main - Der deutsche Sommer kommt nicht recht in Gang, doch zumindest die neu entflammte Debatte um die Reform der Rechtschreibung wird mit allerlei Hitze geführt. Nun hat sich auch die eigentlich im Urlaub befindliche Bundesregierung in die Diskussion eingemischt und sich gegen die am Wochenende lautgewordenen Bestrebungen mehrerer Ministerpräsidenten gewandt, die Reform doch noch zu kippen. Der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg warnte am Montag davor, die Diskussion leichtfertig neu aufzumachen. Es habe eine jahrelange Debatte über die Reform gegeben. "Jetzt sollte man auch konsequent die Beschlüsse, so wie sie getroffen sind, umsetzen."

Die Ministerpräsidenten Christian Wulff (Niedersachsen), Peter Müller (Saarland), Edmund Stoiber (Bayern), Wolfgang Böhmer (Sachsen-Anhalt) und Erwin Teufel (Baden-Württemberg) hatten sich dagegen ausgesprochen, die Rechtschreibreform 2005 verbindlich werden zu lassen. Als einziges Mitglied der Bundesregierung plädierte auch Kulturstaatsministerin Christina Weiss für nochmalige Änderungen an den zu verabschiedenden neuen Regeln. Es wäre ein Fehler, die neue Rechtschreibung gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen, sagte Weiss.

Rückendeckung aus dem Kabinett erhält sie nicht: Die Staatsministerin habe sich "in ihrer Funktion geäußert", sagte Vize-Regierungssprecher Steg dazu. Es sei ihm aber nicht bekannt, "daß sich das Kabinett absehbar mit dieser Frage beschäftigen wird".

Der CSU-Chef Edmund Stoiber bekräftigte unterdessen seine Forderung, eine Reform der Reform zu prüfen. "Die neue Rechtschreibung wird von der Bevölkerung nicht akzeptiert", sagte der bayerische Ministerpräsident in einem Interview der Zeitschrift "Cicero". "Die Mehrheitsfähigkeit einer solchen Reform ist für mich aber ein ganz entscheidendes Kriterium." Deshalb sei es seiner Auffassung nach ganz richtig, daß sich die Ministerpräsidenten damit noch einmal beschäftigen.

Unterstützung erhalten die Länderfürsten aus den Schulen: Der Widerstand von Eltern- und Lehrervertretern gegen die neuen Regeln wächst stetig. Der Deutsche Elternverein (DEV) plädierte am Montag für eine sofortige Rücknahme der Reform. Die Ministerpräsidenten sollten endlich ein Machtwort sprechen, forderte DEV-Bundesvorsitzende Heidemarie Mundlos. Der Elternverein habe schon vor Jahren gegen die Reform protestiert. Es seien "Unmengen" von Geld dafür ausgegeben worden, etwas zu installieren, was von Anfang an fragwürdig gewesen sei. Dem Umstand, daß Sprache lebe, müsse sicher Rechnung getragen werden, sagte Mundlos. Alles, was man mit der Reform erlebt habe, zeige jedoch, daß es Probleme gebe. "Um den Schülern zu helfen, sollte man sagen: Schluß, Aus, Feierabend."

Auch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, sprach sich für einen weitestgehenden Verzicht auf die Reform aus. Kraus sagte, lediglich die neuen "Regeln für die S-Schreibung" seien "gesetzmäßig und logisch". Sämtliche anderen geplanten Änderungen sollten jedoch zurückgenommen werden. Zugleich räumte er ein, daß auch die Lehrer in dieser Frage uneins seien. Er forderte daher eine schnelle Entscheidung darüber, ob die von der Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossene Reform wie geplant im nächsten Jahr umgesetzt wird. Die Verunsicherung und das Prinzip der Beliebigkeit dürften nicht noch weiter umschlagen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Zwischenstaatlichen Rechtschreibkommission, Gerhard Augst, rechnet indes nicht mit einer Rücknahme der neuen Schreibweisen. "Ich glaube nicht, daß daran noch gerüttelt wird", sagte der Siegener Hochschulprofessor am Montag in einem Interview mit der Nachrichtenagentur dpa. Die neue Schreibung habe sich flächendeckend durchgesetzt. Die derzeitige emotionale Aufregung sei völlig unangemessen, kritisierte Augst. "Die Reaktionen von einigen Ministerpräsidenten erscheint mir schon etwas merkwürdig."

Harschere Worte benutzt da der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, der sich mit einem Beitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" ebenfalls in die Debatte einschaltete. Den Lehrern warf er vor, wider besseres Wissen "sklavisch" an den unsinnigen Vorschriften festzuhalten. Verleger und Redakteure wiederum hätten sich "dieser deutschen Hanswurstiade" in vorausgehendem Gehorsam gebeugt. Die "Idiotie dieser verordneten Reform" stehe seit langem fest, schreibt Enzensberger, "politisch bemerkenswert ist jedoch die Unbelehrbarkeit der ministerialen Ignoranten und die Feigheit derer, die ihnen auf die servilste Art und Weise gehorchen."

Artikel erschienen in SPIEGEL-online am 26. Juli 2004